

Israel wird gedrängt, Mohammad Al-Halabi, Sozialarbeiter aus Gaza, freizulassen

palestinechronicle.com, 15. 11. 20

Der Vorsitzende der Kommission für die Anliegen palästinensischer Gefangener und ehemaliger Gefangenen, Qadri Abu Baker, forderte heute die internationalen Organisationen für Menschenrechte, Rechtsanliegen und humanitäre Anliegen auf, Druck auf die israelische Besatzungsregierung zu machen, um den früheren Sozialarbeiter aus Gaza, Mohammad al-Halabi, der länger als vier Jahre ohne Urteilsspruch oder einem fairen Gerichtsverfahren inhaftiert ist, aus dem Gefängnis zu entlassen.

Al-Halabi hat mehr als 140 Anhörungen durch den Gerichtshof erfahren, alle hinter geschlossenen Türen. Sein Rechtsanwalt wurde gehindert, Beweise für die Anklage durch Israel zu Gesicht zu bekommen oder hatte nur begrenzten Zugang zu Einschränkungen wegen der Geheimhaltung erhalten.

Am 12. November forderten UN-Menschenrechts-Experten Israel auf, al-Halabi zu entlassen, der mehr als vier Jahre lang ohne Urteilsspruch im Gefängnis war – oder ihm sofort ein faires Gerichtsverfahren zu gewähren.

Zu den Experten gehörten Michael Lynk, Spezialberichterstatter zur Situation der Menschenrechte in dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet; Agnès Callamard, Spezialberichterstatterin für außergerichtliche, summarische oder eigenmächtige Exekutionen; Nils Melzer, Spezialberichterstatter über Folter oder andere grausame, inhumane oder herabschätzende Behandlung oder Bestrafung; Diego Garcia-Sayán, Spezialberichterstatter der UNO über die Unabhängigkeit von Richtern und Rechtsanwälten.

Mohammad al-Halabi, der frühere Direktor in Gaza der Wohltätigkeitsorganisation *World Vision* wurde im Juni 2016 vom israelischen Geheimdienst festgenommen mit der Behauptung, Millionen Dollar in Entwicklungsfonds an bewaffnete Gruppen in Gaza abgezweigt zu haben, Beschuldigungen, die er bestritt, und die Verhörenden nicht beweisen konnten.

Eine von den UNO-Experten herausgegebene Stellungnahme lautete:

„Die internationale Gesetzesauslegung verlangt, dass ein Individuum, das verhaftet ist, nur dann festgehalten werden darf, wenn es vernünftige Verdachtsmomente gibt, dass sie oder er ein erkanntes Verbrechen begangen hat, und die Beschuldigungen und deren Wahrheit müssen klar begründet sein, sodass Beklagte wissen, was sie zu antworten haben. Den zusammengefassten Rechnungsprüfungen der Finanzberichte von *World Vision* und von der australischen Regierung, die das Geld gaben, gelang es nicht, Unterschlagungen von Geldern oder anderes Fehlverhalten festzustellen.“

„Sogar in Verfahren, wo es um Sicherheit geht, müssen diese Grundrechte respektiert werden,“ sagten die Experten. „Leider wurde Mr. Al-Halabi in eine Position gebracht, wo er angewiesen wird,

Anschuldigungen gegen ihn zu widerlegen, ohne die Details zu kennen, oder zu wissen wer die Kläger sind. Ihn - wie in diesem Fall - im Dunkel zu lassen, schiebt dem Beklagten die Bürde des Beweises zu – und ist eine fundamentale Verletzung des Rechtes auf ein faires Gerichtsverfahren.

Am 17. Oktober 2019 schrieb *The Palestine Chronicle*:

„Zusätzlich zu aller Arbeit, die Mohammad sonst tat, um dem ärmsten Sektor der Gesellschaft in Gaza zu helfen, hatten viele seiner Bemühungen zum Ziel, Krebspatienten zu helfen, denen man den Zugang zu einer ordentlichen Gesundheitsvorsorge & lebensrettenden Medikamenten verweigerte. / Khalil Halabi und Ramzy Baroud

Übersetzung: Gerhilde Merz für Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.palestinechronicle.com/israel-urged-to-release-gaza-aid-worker-mohammad-al-halabi/>